

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschahn, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stadtnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, 1/2 jährlich Mk. 12.— ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—, Reklamezeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Bernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Enle, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 124

Mittwoch, den 19. Oktober 1921

32. Jahrgang

Die Ausstellung für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge

veranstaltet vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden

16. bis 25. Oktober im Festsaal der Bürgerschule in Grimma gezeigt.

Öffnungszeiten: Werktags täglich von 10—12 Uhr vorm. und 2—6 Uhr nachm.

Sonntags von 11—6 Uhr durchgängig.

Täglich nachmittags 5 Uhr finden Führungen statt. Für Frauen und Mädchen werden 8—10 tägliche Kurse veranstaltet. Preis der Teilnehmerkarte 10 Mk. Näheres darüber in der Sonntagsnummer.

Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Grimma.

Stadtrat Grimma.

Kirchlicher Bezirksverein.

Bezirksamt für Kriegerversorgung.

Schwerfloskartell Grimma.

Krankenkassenverband.

Verein der Kassendärzte für die Amtshauptmannschaft Grimma.

Öffentliche Einladung

zur Tagung für Wohlfahrtspflege, Mittwoch, den 19. Oktob. 1921, 12 Uhr im Rathsaal zu Grimma.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Tagung. Amtshauptmann Horbrath. 2. Amtliche und freiwillige Wohlfahrtspflege. Frau Regierungsrätin Dr. phil. Ulla-Bell. Ministerium des Innern. 3. Vernunftgemäße Pflege und Erziehung des Säuglings und Kleinkindes. Dr. med. Wilhe. Hinderberg, Leipzig. 4. Aussprache. 5. Führungen durch die Ausstellung. Eintritt frei.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 20. Oktober 1921, abends 7 Uhr. Tagesordnung befindet sich im Rathsaal am Brett.

Gesucht werden für ein Ostern 1922 aus der Schule entlassendes Mädchen geeignete **Pflegeeltern**. Angebote werden auf dem Rathaus hier, Zimmer 8 entgegengenommen. Naunhof, am 15. Oktober 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach englischen Blättermeldungen werden die wirtschaftlichen Vorschläge über Oberschlesien in 13 Punkten geregelt.
- In Berliner politischen Kreisen wird jetzt der Rücktritt der Reichsregierung als bald bevorstehend angesehen.
- Der Reichstag tritt am Donnerstag zusammen.
- Der Dollar erreichte in sprunghaften Steigerungen die katastrophale Höhe von 182.
- Die Berliner Stadtverordnetenwahlen ergaben bei völlig ruhigem Verlauf des Wahltages eine knappe bürgerliche Mehrheit.
- In Biew fanden erneut Feuerunfälle statt, bei denen es zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen kam.

Ein neues Groß-Berlin.

Die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl ergab nach den vorläufigen Feststellungen, die eine bedeutende Veränderung nicht mehr erfahren dürften, ungefähr 815 000 sozialistische und 842 000 nichtsozialistische Stimmen.

Die Wähler und Wählerinnen der Reichshauptstadt sind nicht umsonst zum zweitenmal an die Urne gerufen worden, um ihr Urteil darüber abzugeben, ob sie mit der Rathshausverwaltung, wie sie seit dem 26. Juni 1920 von den drei sozialistischen Parteien gehandhabt wurde, einverstanden seien oder nicht. Ein Formfehler bei der vorigen Wahl gab dem Oberverwaltungsgericht die Möglichkeit, einen neuen Wahlgang anzuordnen, und der Spruch der Wählerschaft ist gegen den Kurs ausgefallen, den die Herren Weyl und Hoffmann im Berliner Rathaus steuerten. Einer Mehrheit von 125 sozialistischen Stadtverordneten stand bis jetzt eine bürgerliche Mehrheit von 100 Stimmen gegenüber. Dieses Verhältnis wird sich auf Grund des Wahlergebnisses vom 16. Oktober zwar nicht in sein glattes Gegenteil, aber doch so weit verändern, daß eine solche bürgerliche Mehrheit über die Mandatsverteilung herankommen dürfte. Vielleicht werden es 115 bürgerliche und 110 nicht-bürgerliche Stimmen sein. Ungefähr so stehen die Chancen, soweit sie sich bisher übersehen lassen. Jedenfalls geben auch die sozialistischen Blätter zu, daß es mit ihrer bisherigen Wachtpostion im „roten Hause“ vorbei ist. Sie suchen sich über die Tatsache, so gut es geht, zu trösten, wobei wie üblich die jeweils verwandten Abrechnungen am schlechtesten wegkommen.

Einige Verablung finden sie zunächst in der Gewißheit, daß die neue Stadtverordnetenversammlung in zwei ungefähr gleiche Parteienlager zerfallen werde, daß also entscheidende Machtproben von der anderen Seite her nicht zu befürchten seien. Darin wird man ihnen auch auf gegnerischer Seite gewiß zustimmen. Auf Nachprobieren innerpolitischen Art kann es dem Bürgertum jetzt weniger als je ankommen. Waren es doch gerade die sozialistischen Nachproben, gegen die es sich auflehnte, weil es sie mit unserer Gesamtlage für unvereinbar und ihre Verankerung deshalb für unverantwortlich hielt. Jedem vernünftigen Menschen kann es im Augenblick nur aus möglichsten Ausgleichen von Interessengegenständen, auf ein möglichst friedliches Zusammenarbeiten aller berechtigten Kreise unseres Volkes ankommen, die etwas zu bedeuten haben. Der sozialistischen Arbeiterschaft ist von manchen Führern zeitweise eingeredet worden, sie könnten den ganzen Staat, bestimmt aber ganz Groß-Berlin allein regieren, ohne dabei auf das nichtsozialistische Bürgertum sonderlich viel Rücksicht nehmen zu müssen; eine Behauptung, die sich auch nach der Ansicht vieler sozialdemokratischer Politiker mehr und mehr als unzutreffend erwiesen hat. Im Bürgertum ist man von einer gleichen Einseitigkeit der Auffassung weit entfernt. Man denkt nicht daran, gegen die Arbeiter, oder im besonderen gegen die sozialistisch geleiteten Arbeiter zu regieren. Das einzige, was man will, ist, daß die Möglichkeit offen bleibt, sich mit ihnen zu vertragen, daß Bürger- und Arbeiterschaft gemeinsam ihre Kräfte für das Wohl des Vaterlandes regeln mögen. Keine Vergewaltigung von links, aber auch keine Vergewaltigung von rechts. Mehr will, mehr darf man auch nicht für die Politik des Tages fordern.

Im einzelnen springt als auffällige Erscheinung des Wahlergebnisses der über Erwartung große Stimmenzuwachs der Deutschnationalen Volkspartei in die Augen; eine Tatsache, an der alle die zahlreichen Gegner dieser Partei nicht achtlos vorbeigehen sollten, die der Meinung waren, ihr durch Schimpfwörter wie „Röderpartei“ und ähnliches im Volke Abbruch tun zu können. Die Deutsche Volkspartei dagegen hat ihre vorjährige Stimmenzahl nicht voll behaupten können, während Demokraten und Zentrum einigermaßen ungeschwächt geblieben sind. Die sozialistische Linke, als Ganzes betrachtet, hat erheblich an Stimmen verloren; die Haupteinbuße haben die Unabhängigen zu verzeichnen, von denen einige Tausend zu den Reichheitssozialdemokraten, viele Zehntausende dagegen zu den Kommunisten abgewandert sind.

Im ganzen genommen ergibt sich für Groß-Berlin ein Übergewicht der Bürgerlichen über die Nicht-Bürgerlichen von etwa 40 000 Stimmen. Daraus darf man die Schlussfolgerung ziehen, daß auch in Berlin nach den anfänglichen heftigen Schwankungen zwischen den politischen Extremen sich allmählich eine Bewegung des Ausgleichs und der Sammlung der Kräfte anzubahnen beginnt.

Einzelergebnisse.

Die bisher gezählten Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Reichheitssozialisten	343 947	(1920: 283 586)
Anabhängige	318 206	(1920: 633 657)
Deutschnationale	299 800	(1920: 188 207)
Deutsche Volkspartei	255 962	(1920: 275 664)
Kommunisten	157 013	(1920: nicht kanth.)
Demokraten	122 623	(1920: 116 657)
Christl. Vereinigung	83 531	(1920: 68 635)
Zentrum	61 249	(1920: 61 388)
Deutschesoziale	12 588	(1920: nicht kanth.)

13 Punkte.

Die Übergangsbestimmungen für das Industriegebiet. Wer denkt nicht unwillkürlich an ein anderes weltgeschichtliches Dokument, durch das vor Jahren einmal in 14 Punkten der Welt das Ziel gebracht werden sollte, wenn

man jetzt die Nachricht von den 13 Punkten erhält, durch die die Genfer Auserwählten das Unheil, das sie mit der politischen Grenze in Oberschlesien angerichtet haben, auf dem Wege wirtschaftlicher Übergangsbestimmungen zum Teil wieder reparieren möchten? Auch diese Vorschläge müssen mit der gleichen vorsichtigen Skepsis beurteilt werden, die den Wilsonschen 14 Punkten leider nicht überall entgegengestellt worden ist. Nach Meldungen des englischen Blattes „Observer“ ist

der Hauptinhalt des Genfer Beschlusses

in erster Linie der, daß die Hälfte des ober-schlesischen Industriegebietes, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwicklung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, und besonders das wirklich ertragreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland weggenommen und Polen gegeben wird. Man beachte, daß das die Worte des englischen Blattes sind, und welche Kritik sich bereits darin ausdrückt: Die politische Grenzlinie sei so festgelegt worden, daß eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl Deutscher auf polnischer Seite gelassen werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht habe man versucht, der politischen Grenze die Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirtschaftliche Maßnahmen auferlegte, die dazu bestimmt seien, den einheitlichen Charakter des Industriegebietes während eines Zeitraums von 15 Jahren zu wahren.

Aus den Einzelheiten dieses „Wiedergutmachungsvertrages“, das in 13 Punkten abgefaßt ist, sei hervorzuheben, daß die Eisenbahnen auf deutscher wie auf polnischer Seite in einem einheitlichen System zusammengefaßt bleiben sollen. Für die Zollgrenze wird bestimmt, daß in den ersten sechs Monaten eine solche überhaupt nicht wirksam sein soll, und daß in den folgenden 14 Jahren alle Kohlsäfte, die aus der deutschen oder polnischen Zone kommen oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollen, die Grenze ohne Zoll hin und her passieren dürfen.

Während der Periode von 15 Jahren ist keinerlei Zwangsentziehung gestattet. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, haben während der 15 Jahre das Recht, sich für die deutsche Unternehmenschaft zu entscheiden. Die deutsche Mark wird als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibt in Kraft, bis die polnische Regierung allgemeine eigene Gesetze ausgearbeitet hat. Wasser- und Elektrizität sollen vorläufig ebenfalls einheitlich geregelt bleiben, ohne Rücksicht auf die neue politische Grenze.

Aber den Verlauf der politischen Grenze

welch das Blatt keine Einzelheiten, meint aber, man könne jedoch jetzt mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß neben Plesch und Rybnik drei der wichtigsten industriellen Mittelpunkte, nämlich Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz an Polen fallen werden. „Observer“ erklärt die Aushändigung von Kattowitz und Königshütte sei der bei weitem ernste Punkt im Völkerbundsplan. Das Kapital, die Leitung und die gelehrten Arbeiter in den jetzt Polen zugesprochenen Gebieten seien vollkommen deutsch. Der Völkerbundsplan bedeute

keine Lösung der ober-schlesischen Frage.

Durch den Völkerbund sei der Streit um Oberschlesien wieder an Deutschland und Polen zurückverwiesen worden, wenn die Lösung überhaupt dauernd sein solle, denn ohne das Zusammenwirken Deutschlands und Polens könne der Völkerbundsplan kaum zur Durchführung gebracht werden.

Ungelöste Rätsel.

Dalsour beschönigt die Genfer Beschlüsse.

Das Charakteristische der Genfer Beschlüsse über Oberschlesien liegt in erster Linie darin, daß der Völkerbundsrat seine Aufgabe nur halb gelöst hat. Er hat sich aus dem unvereinbaren Zwiespalt einerseits gerecht und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend zu entscheiden, andererseits doch die polnischen Wünsche weitgehend zu erfüllen, dadurch herausgezogen, daß er eine unmögliche Grenze festsetzte und diesen Akt des Wahnsinns damit zu verdecken suchte, daß er den beteiligten Parteien einige gute Ratsschlüsse mit auf den Weg gab, wie sie sich mit den Härten und Gefahren dieses Urteils am besten abfinden könnten. Ob diese Ratsschlüsse überhaupt brauchbar sind, ist eine ganz neue Frage, und so hinterläßt die Genfer Entscheidung keine klare Lösung, sondern nur eine Fülle neuer Rätsel, mit denen sich die Leidtragenden verunsichern dürfen.

Das Ungelöste der Genfer Beschlüsse

erkennt man natürlich auch bei der Entente, obwohl man es nach Möglichkeit zu verschleiern und zu beschönigen sucht. In jeder Hinsicht ist eine Rede des englischen Vertreters in Genf, des bekannten Lord Dalsour von Bedeutung, der, obwohl er die Entscheidung selbst durchaus billigt, doch auch ihre selbst für deutschfeindliche Augen unverkennbaren Schwächen Punkte nicht verschweigt.

Dalsour sagte, er sei sicher, daß es keinen Engländer geben würde, der in Oberschlesien weiß und nicht mit Westfalen die Verwirklichung dieses Gebietes sieht, man würde wegen dieser Verwirklichung sogar Entsetzen empfinden. Er sei der letzte, der in Abrede stelle, daß im Zusammenhang mit diesem Verfahren Ungelegenheiten entstehen würden, vielleicht sogar ziemlich ernste, er glaube jedoch trotzdem, daß durch sorgfältige Anordnungen diese Ungelegenheiten ungedauer vermieden werden würden. Wenn die beiden Parteien geklärt seien, Klugheit und eigenes Interesse wälten zu lassen, dann würden sie in der Lage sein, den Weg zu einem durchführbaren Vorkommnis zu

mischen. Balfour behandelte die ganze Frage überhaupt in einem Tone, als ob er die gedehnte Lösung nur als das kleinere Übel

... natürlich vom Entente-Standpunkt gesehen — betrachtet. Danach klingen jedenfalls die Worte: Wenn der Rat beschließen hätte, daß das Gebiet entweder Polen oder Deutschland gehören müsse, dann wäre es noch eine Übereinstimmung darüber erreicht worden, wer bei diesem Verlöbten der begünstigte Teil sein sollte. Vom Standpunkt eines praktischen Staatsmannes aus gesehen, glaube ich, daß die Erörterung dieser Frage im Völkerbundsrat ebenso erfolglos gewesen wäre wie beim Obersten Rat. Der Völkerbundsrat habe einen ehrlichen Versuch unternommen, und der Plan, auf den man sich geeinigt hätte, würde eine schlechtere, wenn nicht eine sofortige Lösung sichern. Schließlich konnte Balfour nur die persönliche erste Hoffnung ausdrücken, daß das deutsche Volk und das polnische in jedem Falle die Aufrichtigkeit, die Ehrlichkeit und von ihrem eigenen Standpunkt aus gesehen, die Klugheit zeigen werden, zu erkennen, daß wenigstens ein ehrlicher Versuch

unternommen wurde, um die Bestimmungen des Friedensvertrages in lauter Weise und voll auszuführen. Der Völkerbundsrat habe den aufrichtigen Wunsch gehabt, nach bestem Können die Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen. Der Völkerbundsrat erwarte keine Dankbarkeit für seine Arbeit, er hoffe jedoch, daß mit der Zeit in dem geteilten ober-schlesischen Gebiete der Geist des Vertrauens befestigt werde.

Ein so beschwichtigendes Lob der Genfer Beschlüsse spricht deutlicher als der lauteste Tadel. Für Deutschland eine unerträgliche Ungerechtfährigkeit, für die Entente ein unzulängliches Kompromiß, für die Weltwirtschaft eine noch unüberschaubarere Schädigung — wie lange soll eine solche Methode des Wahnsinns triumphieren?

Die englische Presse

äußert die gleiche kritische Zurückhaltung, die aus den Worten Balfours spricht: „Daily Express“ bezeichnet in einem Artikel die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien als vernünftig für das wirtschaftliche Wiederaufleben Europas, daß für England so notwendig sei. „Daily Chronicle“ kürzt, obwohl die Regelung der Oberschlesischen Frage in den Augen der britischen Regierung von einer idealen Lösung sehr weit entfernt sei, müsse sie von allen Parteien angenommen werden. „Daily Telegraph“ hofft, daß Deutschland und Polen ihr Bestes tun werden, um die industrielle Tätigkeit dieses Gebietes wiederherzustellen. Sie sei unbedingt notwendig, wenn Mittel- und Westeuropa nicht vollständig zusammenbrechen solle. — Das Blatt „New Statesman“ bezeichnet den Beschluß des Völkerbundes als unheilvoll. Der Völkerbund könne ein neues „Elsass-Lothringen“ geschaffen zu haben. Man könne erwarten, daß Deutschland jetzt noch dem Völkerbund beitreten werde! Und ein Völkerbund ohne Deutschland sei eine Farce.

Vor dem Rücktritt der Regierung.

Eine Wirkung der Genfer Beschlüsse. Die innerpolitische Krise, die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführt wurde, scheint nunmehr doch zu einem alsbald zu erwartenden Regierungswechsel zu führen, über dessen Einzelheiten und dessen möglicher reibungslose Durchführung augenblicklich in Berlin Unterhandlungen zwischen den Parteiführern und den Mitgliedern des Kabinetts im Gange sind. Daß die Reichsregierung nach der offiziellen Mitteilung der Entscheidung über Oberschlesien

seiner Gesamtkommission dem Reichspräsidenten überreichen wird, sieht man jetzt als unvermeidlich an, nur steht der Termin des Rücktritts des Gesamtkabinetts nicht fest. Es ist zu erwarten, daß man über das künftige Kabinett sich innerhalb der nächsten Tage verständigt wird. Auch glaubt man, daß die neue Regierung vielleicht bereits auf der Grundlage einer erweiterten Koalition gebildet werden kann. Ob Reichsminister Dr. Brüning wieder die Führung übernimmt, wird jetzt selbst in Zentrumskreisen stark bezweifelt, doch bestehen bei anderen Gruppen starke Strömungen für ihn, sobald dieser Punkt noch nicht zu einer Klärung geführt werden konnte. Augenblicklich ist alles noch davon abhängig, was der Wortlaut der Genfer Beschlüsse bringen wird, und wie der Reichstag in seiner Gesamtheit zur äußeren und inneren Krise Stellung nimmt.

Eine neue Abstimmung?

Der internationale Ruf nach Gerechtigkeit. Obwohl nach der offiziellen Annahme der Genfer Beschlüsse durch die englische Regierung kaum noch Aussicht besteht, daß die Entscheidung über Oberschlesien einer gerechten und vernünftigen Nachprüfung unterzogen wird, erheben sich doch aus den verschiedensten Lagern laute Stimmen, die mit der Forderung auftreten, daß die Genfer Grenzfestsetzung nicht das letzte Wort sein darf, welches über das Industriegebiet gesprochen wird. Ein englisches Blatt veröffentlicht jetzt ein Schreiben, in dem mehrere hervorragende Teilnehmer an der internationalen Wirtschaftskonferenz versichern, die Völkerbundentscheidung in der Oberschlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der schwerste Schlag für den Frieden

und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Niemand werde mit den Vorschlägen des Völkerbundes weniger einverstanden sein als die ober-schlesische Bevölkerung selbst und zwar weder der deutsche noch der polnische Teil der Bevölkerung. Es würde daher, wenn die Entscheidung angenommen werden solle, nur recht und billig sein, wenn zugleich

eine neue Abstimmung vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhielte, zu wählen erheben zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, zweitens einem ungeteilten deutschen Oberschlesien, drittens einem ungeteilten polnischen Oberschlesien und viertens einem unabhängigen Oberschlesien unter Leitung des Völkerbundes.

Auch die großen pazifistischen Organisationen Deutschlands haben an den Völkerbundsrat eine Eingabe gerichtet, die davon ausgeht, daß das erste Urteilstimm noch keine Klärung über den Willen des ober-schlesischen Volkes gebracht habe. Dieses spricht dafür — so lautet die pazifistische Welt am Montag hierzu — daß die Oberschlesier zum großen Teil sich in erster Linie weder als Polen noch als Deutsche, sondern einfach als Oberschlesier fühlen und keinesfalls eine Zerreißung ihrer Heimat wollen. Deshalb müssen sie von neuem an die Urne gerufen werden und die Frage beantworten: Teilung oder Nichtteilung Oberschlesiens? Eine solche erneute Abstimmung gäbe ein klares Resultat. Der Friedensvertrag wäre ebenso respektiert wie das Selbstbestimmungsrecht des ober-schlesischen Volkes.

Leider kann man schmeicheln hoffen, daß die Entente, froh, aus der peinlichen Zwischnahme schlecht und recht heraus zu sein, sich dazu verstehen wird, das ober-schlesische Problem noch einmal aufzurollen. Man verschließt die Augen davor, daß eine solche Unterlassungsgebühre sich früher oder später an allen rächen muß.

Koch die Polen sind unzufrieden. Die polnische Zeitung der Oberschlesier hat aus Oppeln ein Telegramm an den Völkerbund geschickt, in dem sie schärfsten Einspruch gegen eine Teilung der ober-schlesischen Heimat erhebt. Sie erblickt in der Teilung eine durchaus unsachliche und dem Willen des ober-schlesischen Volkes in keiner Weise entsprechende Regelung der Oberschlesischen Frage. Auch die polnischen Oberschlesier verlangen darum nochmals, daß sie vor der Entscheidung gehört werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Zusammentritt des Reichstags. Der Astenrat des Reichstags beschloß nach kurzer Aussprache, die nächste Plenar Sitzung für Donnerstag in Aussicht zu nehmen und zu diesem Tage die Mitglieder des Reichstags nach Berlin zu berufen. Aber die Stunde der Sitzung ist noch nicht bestimmt, da die amtliche Mitteilung über die Genfer Beschlüsse noch nicht in Berlin eingetroffen ist. Von der ursprünglich in Aussicht genommenen Berufung des auswärtigen Ausschusses ist wieder Abstand genommen worden, um die Entscheidung dem Plenum vorzubehalten. Auch die in Aussicht genommene Sitzung des Steuerausschusses ist wieder abgefragt worden, da das Reichsfinanzministerium in diesen Tagen außerstande ist, seine Vertreter in Ausschüssen zu entsenden.

Streit ist Kraftverschwendung. Ministerpräsident Siegel sagte in einer Rede in Essen, der Streit der Parteien wachse sich in Deutschland allmählich zu einer Komödie aus. Es sei selbstverständlich, daß wir Koalitionsregierungen brauchen, aber diejenigen, die außerhalb der Koalition ständen, müßten als gleichberechtigte Volksgenossen behandelt werden. Die Landwirtschaft müsse für den Aufbau gewonnen werden. Es sei falsch, sie fortwährend politisch abzustoßen. Siegel wolle nicht auf zwei Millionen Arbeitnehmers, die treu hinter ihm stünden und seine Arbeit trügen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund rufe den Parteien zu: Wir spielen auf diese Streiterei, sie ist vergebliche Kraftverschwendung! Wolke will solange streiten, bis das deutsche Volk verendet!

Der amerikanische Botschafter für Berlin. Präsident Harding beschloß, William Boyce Thompson zum amerikanischen Botschafter in Deutschland zu ernennen, sobald der Friedensvertrag ratifiziert ist. Oberst Thompson ist einer der bekanntesten amerikanischen Bankiers und Millionäre und kennt alle europäischen Länder durch ausgedehnte Reisen genau.

Ungarn. **X** Ungarns Sieg in der Burgenlandfrage. Ministerpräsident Graf Weideli, der mit dem Minister des Äußeren Graf Banffy aus Venedig wieder in Budapest eingetroffen ist, erklärte, die Ergebnisse der Venediger Konferenz seien viel leichtiger, trotzdem dürften sie nicht unterschätzt werden. Es sei tatsächlich eine ungarische Stadt für Ungarn gerettet und gewisse wirtschaftliche Forderungen seien in Sicherheit gebracht worden. Außerdem sei erreicht, daß im Laufe des Grenzberichtigungsverfahrens noch darüber entschieden werde, welche weiteren Gebiete Ungarn zurückergeben werden.

Rußland. **X** Bauernaufstand gegen die Sowjets. Über Rumänien einlaufende Meldungen aus Süd-Rußland besagen, daß in der Ukraine eine Revolte der Bauern gegen die Sowjets ausgebrochen ist.

Aus In- und Aus-land. **München.** Der ehemalige Münchener Polizeipräsident, Boehner, ist als Rat des Obersten Landgerichts wieder in den Justizdienst übergetreten.

Bonn. In einer Versammlung der Vertreter der Land- und Kreisbeamten wurde eine Entschließung zur Bevölkerungsurfrage angenommen, in der die gebührende Gleichstellung der Beamten in Stadt und Land gefordert wird.

Mek. Hier wurde im Weisen des Kriegsministers Barthou ein Denkmal für Paul Tereoules enthüllt, das aus dem Erz des eingeschmolzenen Denkmals Kaiser Friedrichs hergestellt ist.

Genf. In der Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Genf wurde die Gesetzesvorlage mit 14 000 gegen 6 500 Stimmen verworfen.

Sanz. Die holländische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Washington angenommen.

Atten. Die Nationalversammlung hat der Regierung Sunarits fast einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen.

Konstantinopel. Der griechische Generalstab hat noch Meldungen aus Kleinasien seinen Sitz von Gattischir nach Smyrna verlegt.

Schlussdienst.

Froh Nachrichten vom 18. Oktober. **Bewilligte und abgelehnte Gnadengesuche.** Berlin. Nach einer dem Reichstage zugegangenen Statistik hatte der Reichspräsident im Jahre 1921 über eine Zahl von 6 500 Gnadengesuchen zu entscheiden. Davon betrafen 4 113 Urteile militärischer Gerichte und 1 777 Urteile von Zivilgerichten. Von den ersteren wurden 2 226 genehmigt durch Straferlass oder bedingten Straferlass, Kürzung der Strafbauer, Umwandlung in mildere Straftaten, Wegfall von Nebenstrafen usw. 1 587 Gesuche wurden abgelehnt. Von den Zivilurteilen betrafen 30 das Reichsgericht. Davon wurden 21 abgelehnt, 9 mit Gnadenerweisung beantwortet. 1 947 Fälle bezogen sich auf Urteile der außerordentlichen Gerichte. 963 wurden berücksichtigt, 290 abgelehnt, 694 erledigten sich durch das Amnestiegesetz.

Veränderungen bei der Schutzpolizei. Berlin. Mit Rücksicht auf das Verlangen der Entente, daß die Verwaltungs- und Kriminalbeamten der Schutzpolizei nicht hinzuzurechnen werden dürften, ist, um eine Umgruppierung der gesamten Polizei zu vermeiden, der Mannschaltheilstand der Hundertschaften von 121 auf 104 herabgesetzt worden. Die Zahl der Hundertschaften hat keine Verringerung erfahren.

Das Attentat auf Dr. Stresemann. Berlin. Das preussische Ministerium des Innern hat auf die Ermittlung des Täters, der seinerzeit in der Versammlung der Deutschen Volkspartei in Lützenfeld auf die Rednertribüne mehrere Schüsse abgab, eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Tagung der Landwirtschaftsgesellschaft. Weimar. Auf der Hauptversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde mitgeteilt: Die Zahl der Mitglieder ist dauernd gestiegen und beträgt jetzt rund 24 000. Die örtlichen Vorbereitungen für die Nürnberg-Münchener Ausstellung machen gute Fortschritte und für die Hamburger Warenmesse im Jahre 1923 erscheint das Preisgeheißfeste gesichert. Die Verhandlungen über die Anstellungen in den Jahren 1924 (Breslau) und 1925 (Dortmund oder Münster) schweben noch.

Eine „Besichtigungskommission“ für Oberschlesien.

Paris. Die Besichtigungskommission wählte eine Kommission, die alle Sicherheitsmaßnahmen in Oberschlesien treffen soll und bereits nach Oppeln abgereist ist; die in Oberschlesien befindlichen Ententetruppen sollen in den am meisten gefährdeten Punkten aufgestellt werden.

Auf den Gauffanzen. London. Nach vielen vergeblichen Bemühungen ist es einem Erkundungstrupp der Expedition, die sich die Besteigung des Mount Everest zum Ziel gesetzt hat, endlich gelungen, auf der Nordseite einen Weg ausfindig zu machen, auf dem der höchste Berg der Erde vielleicht bezwungen werden könnte. Da es jetzt feststeht, daß der Mount Everest bestiegbar ist, wird die Expedition zurückzukehren, und im nächsten Jahre sollen die gesammelten Erfahrungen bei einer neuen Expedition nutzbar gemacht werden.

Eine späte Kriegsernte.

Rio de Janeiro. Der brasilianische Marineminister gab Auftrag, das deutsche Kanonenboot „Oder“, das während des Krieges in der Bai von Rio gesunken ist, zu heben. Es soll der brasilianischen Marine einverleibt werden.

Bezirksauschuffung in Grimma.

In der am 13. Oktober 1921 unter dem Vorhabe des Amtshauptmanns Hardrabt abgehaltenen 12. diesjährigen Bezirksauschuffung wurde als 1. Gegenstand der Tagesordnung die Verlegung der Bezirksgrenzen mit Spektakelfällen eingehend besprochen; hierüber ist bereits berichtet worden.

Genehmigt wurden Nachträge zu den Ortsbezirken für sämtliche Gemeinden, in denen 1921 Gemeindeveränderungen stattgefunden haben, über die Wahlen der Gemeindevertreter. Nachträge zu den Ortsbezirken für Wahlborn, Raunhof, Kirchhain und Trebsen, zu deren Genehmigung das Ministerium den Innern zuständig ist, wurden ebenfalls beschlossen; ebensofalls beschlossen wurde die Genehmigung eines Nachtrages zur Schöpfung des Gemeindeverbandes für den Raunhof Borns-Bad Lausich-Großhölzen. Genehmigt wurden weiter das Ortsgrundgesetz für Jenzschütz, das Ortsrecht für Mühlbach über die Bildung eines Gemeindeverbandes und die Wahl der Gemeindevertreter, die Verleihung der Armen- mit der Gemeindekasse in Schörlitz, Seltersbach und Wäldchen, die anderweitige Regelung der Bezüge der Gemeindevorstände zu Soltern und Tierbaum und des Ständesbeamten zu Großhölzen, Nachträge zu den Gemeindeverordnungen und zwar für Allenbach, Bodawitz, Gämmerel, Commichau, Euphth, Mellewitz, Dreßlich, Rothersdorf, Seeingschütz, Seupohn und Jollwitz über Neuordnung oder Erhöhung der Zusatzsteuer, für Allenbach, Bennenitz, Bodawitz, Gämmerel, Commichau, Gollwitz, Gollern, Euphth, Mellewitz, Müllersbach, Neuenitz, Dreßlich, Rothersdorf, Seupohn und Jollwitz über Erhöhung der Zuschläge zur Grundbesitzersteuer und für Allenbach, Badern, Großbardau, Großjähopa und Mellewitz über Erhöhung der Hundsteuer. Ferner fanden Genehmigung die Errichtung eines Odenhauses mit Trockenried der Dr. Schörlitz'schen Ziegelei in Schörlitz, die Schanzerlaufbewirtschaftung Matthes-Raunhof, Weitzsch-Nordau, Müllers-Meuewitz, Goll-Brandis (Liebertragungen), Anders-Gannewitz (Erweiterung auf einen Ausbau) und der Konstaninbetrieb in den Feh. von Schönbergischen Aolinerwerken in Hohburg. Genehmigt wurden ferner ein Antrag aus Maderen um Ausnahmebewilligung zur Grundbesitzerabteilung, die Schöpfung über Gewährung der notdürftigen Unterhalts der Bezirksbeamten in Cottbus, G. und die Einziehung eines Fußweges in Podelwitz von der Schörlitz nach der Veisiger Straße. Als Ortsmann für den aus dem Bezirk verjagten Abgeordneten zur Bezirksversammlung Lagerhüter Schlegel aus Werdau wurde Stadtrat Thiemann in Raunhof einberufen. Nicht genehmigt wurden ein Antrag zur Schöpfung über die Gewährung des notdürftigen Unterhalts der Bezirksbeamten in Schörlitz, Wegen eines Nachtrages zum Ortsgrundgesetz für Trebsen über Erhöhung der Zahl der Ortsmitglieder sollen weitere Erörterungen angestimmt werden. Die Schöpfung für das neu zu errichtende Bezirksamtsbezirk soll nach Einlegung der vorgelegten Änderungen der Bezirksversammlung beschlossene worden. Schließlich wurden je eine Verlegung aus Verndorf und aus Raunhof gegen Heranziehung zur Wertwachsteuer, ein Einspruch aus Großhölzen gegen Heranziehung zur Wertwachsteuer und 4 Einsprüche gegen Heranziehung zur Jagd- oder Jagdpachtsteuer kostenpflichtig verworfen, ein Zusatzsteueranspruch aus Köthen dagegen teilweise beachtet.

25 jähriges Jubiläum des Schf. Militärvereins „Kameradschaft“ zu Raunhof.

Am vergangenen Sonntag feierte der 1898 gegründete Militärverein „Kameradschaft“ die 25. Wiederkehr seines Stiftungstages bei einem zeitgemäßen Kommerz im Sternsaal, der bis auf den letzten Platz besetzt war. Vertreter der Behörden und Abordnungen einer erlauchenden Zahl von Vereinen Raunhofs und der Umgebung waren die Gäste des feierlichen Festes und wurden vom Vorstand der „Kameradschaft“, Herrn Robert Köhler, herzlich begrüßt, der in seiner marigen Ansprache einen Rückblick und einen Ausblick tat und dem Ziele des Vereins, die Liebe zum deutschen Vaterland zu pflegen, aufs neue Treue gelobte. Während schlugen die Worte dieses aulredlichen Mannes in die Herzen der Gäste und fanden ihren Widerhall in anderen Reden, die noch im Verlauf des Abends gehalten wurden. So brachte der Vorsteher des Bezirks Grimma im Sächsischen Militärvereinsbund, Herr Verwaltungsspekter Schröder, die Größe und Glückwünsche der Bundesleitung, sprach über die neuen Ziele der Kameradschaft (Wohlfahrtspflege, Unterstützung Hinterbliebener, Hilfe für Kriegsoberleibte), rühmte besonders die Verdienste des langjährigen Vorstandes der „Kameradschaft“ und die Treue der Mitglieder, die einst den Verein gründeten. Er überreichte ihnen das Ehrenzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft. Es sind das die Herren Robert Köhler, Hermann Klein, Moritz Kaufmann, Ernst Kaufmann, August Gärtner, Ernst Bennendorf, Max Dolemann, Hermann Böhm, Gustav Seidel, Friedrich Wegel, Robert Essner, Leopold Beyer. Dem Vorstand, Herrn Robert Köhler, wurden außerdem das Ehrenzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft und die Ehrenurkunde des Bundes in Aussicht gestellt. Freudiger Beifall und ein brausendes Hoch auf den Verein und seine Leitung bewies die herzlichste Anteilnahme der Festgemeinde. Des weiteren sprachen noch Herr Pfarrer Herbig, der des Tages der Fahnenweihe gedachte, Herr Bürgermeister Müller, der zur Treue dem neuen deutschen Reiche gemahnte, und Herr Kaufmann Tag, der die Glückwünsche des Bundesvereins überbrachte und eine Selbstverpflichtung überreichte, die von einigen Vereinen, so u. a. auch von der Schöpfungsgesellschaft, gestiftet war. Aus allem aber klang die hohe Verehrung, deren sich der Bundesverein in allen Kreisen unserer Stadt erfreut. — Umrahmt wurde die würdevolle Feier von Darbietungen vieler Art, denen glänzendes Singen allenthalten beschiedene war. Unsere Kapelle unter der Leitung des Herrn Musikdirektor Stobm hatte natürlich den instrumentalen Teil des Programms übernommen und entledigte sich ihrer Aufgabe mit bewohntem Eifer. Der Männergesangverein, das Doppelquartett und die Harmonie sangen schöne deutsche Lieder, die großen Anklang fanden und aufs neue zeigten, wie der deutsche Männergesang sich jeder edlen Sache zur Seite stellt. Die Wortführer des Turnervereins (V. L.) bot am hochbarren wunderbar ausgelegte Leuchten zu Paaren und hervorragende Arrangements. Zwei kleine Madels überboten uns mit netten, anmutigen Tanzliedchen. Die Schöpfung aber waren zwei Einakter, die von den Darstellern mit viel Geschick herausgebracht wurden. Der unerwartliche Paletot und die Nachbescheiden sind Paar Frankfurter Schufen Situationen, die am Komik nichts zu wünschen übrig ließen und die Zwerchmelle der Zuschauer lebhaft in Bewegung brachten. — So war es im ganzen ein Fest, das bei allen den besten Eindrücken hinterließ, und uns nicht neben dem Dank an alle, die sich um sein Gelingen so aufopfernd bemühten, nur der Wunsch, daß der Militärverein „Kameradschaft“ auch im nächsten Vierteljahrhunderte blühen und gedeihen möge. — Die offizielle Feier wurde am Sonntag mit einem Ball beschlossen.

Die Arie



Vorderer Die hier in natürlicher Weise ein Werk des Goldbronze geprüfte Fahne, die, kompliziert zeigt einen I. Meer. Die Stiftung burg und dem Vorberleitung erfolgt ist; gesehellen Empla Bundes mittels der Unterchrift Sinden schwärzen, an beider stellt ein Charakter die obige Federge

Sächliche

Sonnenaufgang Sonnenuntergang 1812 Napoleon 1818 Leipzig mit Dichter Gutzav lands und Italle

Die rostige werden vorzogen gebendelt. Den bin, daß beide eine Bevorzugung begründet ist. Technischen Grün legt gänzlich ein betreffenden Nos mit dem roten durch die bisher Heren oder ungl

Die Fahrpl auf den Reichs Wänderungen e an Struppel zur handlung sowie Die in den Kreis gang gewährt in müßen jedoch, zur Erlangung weites nach vor

Nachfüstar Reisenden n'w verkehr ordnung bestrebt an vielen geben, die dem Z Diese Nachfüstar der Meldung jed

— Raunhof. war sehr gut zu beo sächlichen Himmel. Mondes am hohen an die Mondseibe

Über einer h... Lebewelt. Er wi... rebaner um. Ton... den da? Fast leb... Regina verlich... Ueber die Ab... Stimme des al... anier Fried durch... Gabriel Heid... schittret er stann... Gen Gar zig."

Dem hundert... Das Recht, zu j... in gutem Glaub... Wegespacken... den abziehenden... Sie können... Cost was E... wird den Bürger...

Mein. Der W... die Wigen. Aber... weist, daß die... an die Herrschaft... Der Wegere... gortig auf den Z... in das blasse, still... Die Wids ber... her, der plötzlich... beifällig zu... Da wenbet sich... briel Friedlich... "Dich aber, E... dagegen von Kitt... Nichts. Tenn... vorüber, ohne da... liebt, war ein P

Die Kriegsbenediktinenz 1914-18.



Die hier in natürlicher Größe abgebildete, vom Kaffdäler-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände gestiftete Kriegsbenediktinenz 1914/18 ist ein Werk des Bildhauers Professor Sojaens-Berlin. Sie ist in Goldbronze geprägt und trägt auf der Vorderseite das Sinnbild einer Fahne, die kampfergeben, den feindlichen Weitem entgegen. Die Rückseite zeigt einen Teil aus dem Abwehrkampf Hindenburgs an das Meer. Die Stiftungsurkunde ist von Generalleutnant Hindenburg und dem Vorstande des Kaffdäler-Bundes unterzeichnet. Die Verehrung erfolgt auf Grund der von den Kriegerverbänden erteilten Empfangsberechtigung, durch den Vorstand des Kaffdäler-Bundes mittels besonderer Verteilungsurkunde, die ebenfalls die Unterfertigung Hindenburgs zeigt. Die Denkmünze, die an einem schwarzen, an beiden Seiten weiß-rot gestreiften Bande getragen wird, stellt ein charaktervolles Kunstwerk ersten Ranges dar, dem natürlich die obige Federzeichnung in keiner Weise gerecht werden konnte.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 18. Oktober 1921.

Merktblatt für den 19. Oktober.
Sonnenaufgang 6⁰⁰ | Mondaufgang 6⁰⁰ M.
Sonnenuntergang 4⁴⁰ | Monduntergang 9⁰⁰ M.
1812 Napoleon tritt den Rückzug aus Rußland an. — 1818 Leipzig wird von den Verbündeten erobert. — 1868 Dichter Guitav Brenken geb. — 1915 Kriegserklärung Rußlands und Italiens an Bulgarien.

Die rotgestempelten Reichsbanknoten zu 1000 Mark werden von manchen Seiten noch immer den grügestempelten vorgezogen und vielfach sogar mit einem Aufgeld gehandelt. Demgegenüber weist die Reichsbank darauf hin, daß beide Notensorten den gleichen Wert haben und eine Bevorzugung der einen oder andern Art durch nichts begründet ist. Die grüne Stempelung, die zeitweise aus technischen Gründen vorgenommen wurde, ist übrigens jetzt gänzlich eingestellt. Seit geraumer Zeit werden die betreffenden Noten der Reichsbank nur noch, wie früher, mit dem roten Stempel versehen, ohne daß natürlich dadurch die bisher grün gestempelten Noten ihren Wert verlieren oder unzulässig werden.

Die Fahrpreisermäßigung für mittellose Kranke, die auf den Reichsbahnen gewährt wird, erfährt durch einige Abänderungen eine Erweiterung. Sie wird gewährt auch an Krüppel zur Reise nach Krüppelheimen, zur Besuchbehandlung sowie zur Ausübung von Krüppelfürsorgestellen. Die in den Kreis der Personen, denen die Fahrpreisermäßigung gewährt werden kann, neu einbezogenen Krüppel müssen jedoch, wie alle anderen mittellosen Kranken, sich zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung eines Ausweises nach vorgeschriebenem Muster bedienen.

Nachforschungen. In den Fällen, in denen es den Reisenden nicht mehr möglich ist, zu den Bügen des Fernverkehrs ordnungsmäßig eine Fahrkarte zu lösen, wurden bisher an vielen Bahnstrecken Nachforschungen ausgegeben, die dem Zugschaffner vorgelesen werden müssen. Diese Nachforschungen kosten jetzt 3 Mark, bei Unterlassung der Meldung jedoch 20 Mark.

Naunhof. Die Mondfinsternis in der Sonntagsnacht war sehr gut zu beobachten und bot ein interessantes Schauspiel am nördlichen Himmel. Herrlich glänzte die Vollkugel des vollen Mondes am hohen Himmelshorizont, als um 11 Uhr der Erd Schatten an die Mondkugel heran trat und erst ein klein wenig, dann immer

mehr den Mond verfinsterte. Gegen 12 Uhr (genau 11 Uhr 53,8 Min.) war fast der ganze Mond verfinstert. Um 1/2 Uhr war das Schauspiel vorüber.

Naunhof. Dieser Tage werden es 25 Jahre, daß sich unsere Stadtkapelle einer vollständigen Reform unterzog. Sie wurde von 12 auf 35 Mann erhöht und führte den Namen „Sächsische Jägerkapelle in Uniform“. Die Kapelle stand damals unter der Leitung des Herrn Kapellmeister Bergmann und verfügte über eigene Gelehrte, welche die Tonkünstler täglich ihren Bestimmungsorten zuführte. Unter der Leitung des Herrn Direktor Blohm wurde dann die Uniform wieder abgelegt.

Sternschnuppenfälle. Der heutige 18. Oktober soll uns einen Sternschnuppensturm mit seinem Ausstrahlungspunkt nordöstlich des Orion (gegen die Zwillinge zu) bringen. Die Häufigkeit der schnell hinschießenden Striche steigert sich bis gegen 3 Uhr früh, doch wird vorausgesetzt, daß der Himmel überhaupt klar ist, das heißt Mondlicht dieses Jahr etwas lüderl wirkt.

Ein nachahmenswertes Beispiel gibt der Stadtrat zu Naunhof. Wir lesen in dem dortigen Blatte: Alle Naunhofer Einwohner, die mit Karoffeln noch nicht eingekauft sind, werden aufgefordert, bis spätestens Mittwoch, nachmittags 6 Uhr in der Kartenhalle Rathaus Hof rechts, 1. Etz., ihren Bedarf anzumelden. Der Stadtrat will für Beschaffung und Verteilung der fehlenden Menge zu einem angemessenen Preise be sorgt werden.

Ob wir einen kalten oder warmen Winter zu erwarten haben, unterläßt ein Meteorologe in den Scherl-Zeitungen und kommt durch Vergleich zu folgendem Ergebnis: Schon wenn man diese Zahlenreihen miteinander vergleicht, die einmal 4 und einmal 12 Jahre enthalten, sieht man, daß nach dem warmen Sommer 1921 die Wahrscheinlichkeit eines milden Winters 1922 dreimal größer als die eines kalten ist. In jedem Falle können wir wohl mit hoher Zuversicht darauf rechnen, daß der Spätherbst verhältnismäßig warm ist und der Winter erst spät beginnt.

Bezirksleitung für Wohlfahrtspflege. Auf die am Mittwoch, den 19. Oktober im Rathaus zur Grimma vom Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft veranstaltete Tagung für Wohlfahrtspflege wird nochmals besonders hingewiesen. Die Redner: Frau Regierungsrat Dr. Lisch-Beil vom Ministerium des Innern, Dresden, sowie der Vespitzer Kinderarzt Dr. Witbe werden gewiß das Interesse aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Kräfte erregen, da sie nicht nur über reiche Sachkenntnis verfügen, sondern auch verstanden ihr Wissen in feiner Weise darzubieten. — Das Wohlfahrtsamt will mit dieser Veranstaltung der Bevölkerung Geistesruhe geben, von derartiger Seite sich über Wesen und Ziele der Wohlfahrtspflege und über dessen Spezialgebiete: Säuglingspflege und Kleinkinderfürsorge zu unterrichten und bietet daher seinem Rufe durch zahlreiche Erscheinungen Folge leisten zu wollen.

Die Ausstellung für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die am Sonntag im Festsaal der Bürgerschule eröffnet worden ist, bietet reiches und wertvolles Anschauungsmaterial, so daß die, die den Wunsch haben, im Interesse ihres Kindes sich über zeit- und vernunftgemäße Pflege und Ernährung des Säuglings zu unterrichten, sich durch die Ausstellung und die sich anschließenden Kurse, die von der Ausstellungsleiterin veranstaltet werden, alles Wissenswerte aneignen können. Wie dringend notwendig die Kenntnis einer hygienischen und zweckmäßigen Säuglings- und Kleinkinderpflege ist, zeigen die vielen Schwächlichen und elenden Kindergefallen, die aus Unkenntnis richtiger Säuglingspflege und vernunftgemäßer Ernährungswelle der englischen Krankheit, der Tuberkulose und den gefährlichen Ernährungslösungen zum Opfer fallen. Auch die überaus große Säuglingssterblichkeit — es sterben in Deutschland jährlich 300000 — 400000 Kinder im 1. Lebensjahr — erweist wie unbedingt erforderlich die Ausbildung der Mütter und Frauen ist. Es kann daher nur dringend der weiblichen Bevölkerung geraten werden, die Ausstellung zu besuchen und an den Kursen, die am Mittwoch, den 19. Oktober, am Donnerstag, den 20. Oktober, Sonnabend, den 22. Oktober von 1/7—1/9 Uhr abends und Freitag, den 21. Oktober von 8—9 Uhr abends sowie Dienstag, den 18. Oktober und Freitag, den 21. Oktober von 5—8 Uhr stattfinden, teilzunehmen.

Neue staatliche Kraftwagenlinien. Der sächsische Staat, vertreten durch die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden als Sächsische Kraftwagenverwaltung, beschließt, zwei Kraftwagenlinien Leipzig—Milkau—Engelsdorf und Leipzig—Proßlitz—Großschöna—Liebertswitz einzurichten. Die Linien sollen in Betrieb genommen werden, sobald die Stadt Leipzig die vom Staate überreichten Beiträge vollzogen hat. Die Eisenbahnen haben der Rat entsprochen; er bittet die Stadtverordneten um Zustimmung.

Kostenfreie Uebermittlung angekommener Telegramme durch Fernsprecher. Der Fernsprechtellnehmer kann bei seiner Fernsprechanlage schriftlich beantragen, daß für ihn angekommene Telegramme der von ihm bezeichneten Sprechstelle übermittle werden. Diese Uebermittlung erfolgt jetzt kostenfrei. Die Ursprungsanfertigung des zugehenden Telegramms wird dem Fernsprechtellnehmer mit der Post als gewöhnlicher Brief — ebenfalls kostenfrei — zugestellt. Ebenso werden Telegramme an einen Empfänger, der sich bei einem Fernsprechtellnehmer aufhält oder in dessen Diensten steht, zugestellt, wenn der Empfänger es beantragt und der Anschlußübernehmer zustimmt. Meldet sich bei der Fernsprechanlage ein Ueberträger zur Entgegennahme des Telegramms oder löst er dessen Inhalt mit, so ist die Telegraphenverwaltung für eine Verletzung des Telegraphengeheimnisses nicht verantwortlich. In großen Orten, wie Berlin, wo die Ausbreitung der durch Fernsprecher zu übermittelnden angekommenen Telegramme das Bestehen der Fernsprechanlage würde, hat der Antragsteller dafür zu sorgen, daß die Telegramme

bei ihrer Aushändigung die Angabe „Fernsprecher“ vor der Anschrift erhalten. Handelt es sich um sehr lange oder um geschäftliche Telegramme oder um solche in fremder oder veralteter Sprache, so kann die Telegraphenverwaltung abweichend von der Vereinbarung die durch Boten abtragen lassen, wenn die Telegramme auf diese Weise schneller und sicherer zugestellt werden.

Hoffen. Eine auch anderen Gemeinden zu empfehlende Einrichtung hat der Gemeinderat zu Niedereisa bei Hoffen durch Verpachtung des der Gemeinde gehörigen Feldes und Wiesenlandes nur an solche Hausbesitzer, die kein Ackerland besitzen, und an den Mieterverein, der es in etwa 40 Parzellen an seine Mitglieder verteilt hat, getroffen. Der Quadratmeter kostet nur 5 Pf.

Kohwein. Die Kreisbauernschaft sowohl, als auch das Ministerium des Innern hat die Genehmigung des Ortsrates auf Einführung der unentgeltlichen Totenbestattung verweigert, solange nicht die Deckungsfrage geklärt ist.

Dresden. Ein unbekannter Butterhändler trat in den letzten Tagen auf, der das Pfund Butter zu 28 Mark anbot. Er ließ sie durch eine Vertrauensperson abliefern und die Zahlung in Empfang nehmen. Beim Durchschneiden der Butter ergab sich, daß sie in der Mitte einen Papierbeutel mit Salz enthielt, der die Hälfte des ganzen Gewichts ausmachte. Da der Verkäufer noch nicht festgenommen werden konnte, steht die Möglichkeit offen, daß er sich nach anderen Städten Sachsens wenden wird, um seine Schwindeltaten fortzusetzen.

Einer Dresdener Firma sind aus dem Geschäftsleben ein Silbergeschloß, ein Kreuzschloß, ein Kreuzschloß und ein Kreuzschloß im Gesamtwert von 48000 Mark gestohlen worden.

Firma. Einen empfindlichen Schaden erlitt der hiesige, staatlich unterstützte Ziegenzüchterverein Ende voriger Woche dadurch, daß ihm die beiden, in der hiesigen Zuchtstation am Steinplatz untergebrachten Vereinszuchtböden verendeten. Die Böden aus Ställe, waren die wertvollen Tiere mittels Phosphor vergiftet worden. Unter dem dringenden Verbot, die Tiere zu füttern, wurde ein hiesiger Privatier verhaftet und dem Amtsgericht übergeben. Der Wert der Tiere wird auf 5000 Mark geschätzt.

Annaberg. Der Edgewerksbesitzer Arno Weber in Gerold wurde von Tothum befallen und starb eines qualvollen Todes. Mitte August war er von einem zugelaufenen Hund gebissen worden und hatte der Wunde keine Beachtung geschenkt.

Nah und Fern.

Verabreichung von Bahnpostwagen. Zwischen Stettin und Berlin wurden in letzter Zeit mehrfach die Bahnpostwagen beraubt. Die Diebe bohrten vom Bremsschloß aus ein Loch in den Postwagen und entwendeten die Postfächer. Beamten der Überwachungsstelle Stettin gelang es jetzt, den Eisenbahnweichensteller Schröder aus Berlin auf frischer Tat zu ertappen. Er hatte seine Berlin und deren Sohn nach Chorin bestellt, wo er mehrere Postfächer abwarf. Alle drei wurden verhaftet. Auf ähnliche Weise beraubten zwei junge Burschen die Postwagen zwischen Angermünde und Eberswalde. Hausdurchsuchungen förderten einen großen Teil der gestohlenen Sachen zutage.

Gattenmord. In Berlin-Steglitz wurde der bei einer Terracingesellschaft beschäftigte Protokrist R. Lehmann von seiner 42 Jahre alten Ehefrau durch drei Revolvergeschosse getötet. Das Ehepaar lebte seit langer Zeit in Unfrieden. Die Frau wird als sehr leichtsinnig geschilbert, während der Ermordete ein sehr ruhiger und sympathischer Mann gewesen sein soll. Die Mörderin stellte sich selbst der Polizei.

Kinderspiel mit tödlichem Ausgang. Wie schon berichtet wurde, sind die drei Söhne des Eisenbahnwärters Winter in Obisfeld, Kinder im Alter von 3, 6 und 7 Jahren, in ihren Betten ertrunken aufgefunden worden. Die ursprüngliche Annahme, daß es sich um einen Mord handle, hat sich nicht bestätigt. Der gerichtlichen Untersuchung zufolge ist das traurige Unglück vielmehr so entstanden, daß die drei Jungen russischer und Pferd gespielt und sich dabei die Schlingen um den Hals gelegt haben. Durch einen unglücklichen Zufall zogen sich die Schlingen gleichmäßig zu und töteten die drei Kinder.

Eine Milliarde verpfändet. Wie aus Wien berichtet wird, stellen sich die Spekulationsverluste des früheren Oberkommissars für Österreich, des britischen Obersten Cunningham, auf eine Milliarde. An den Verlusten sei eine Reihe von Großbanken beteiligt. Cunningham erklärt demgegenüber in Prager Blättern, daß alle über ihn verbreiteten Gerüchte falsch und unbegründet seien.

Der Sohn des Eisenbahnbauers ermordet. Der Sohn Felsels, des Erbauers des Eisenbahnbaus in Paris, ist von seiner Geliebten durch mehrere Revolvergeschosse ermordet worden. Die Mörderin wurde verhaftet.

Eine Fälscherbande verhaftet. In Budapest ist eine Banknotenfälscherbande festgenommen worden, die amerikanische Zwanzigdollarnoten fabrizierte. Die Bande, die technisch sehr gut ausgerüstet war, wollte 40 Millionen

Der Wahrheit Sieg.

Roman von Erich Ebenstein.

Nur einer hat den Blick gesehen und richtig gedeutet: der Zeitschreiber. Er wird rot und sieht sich ängstlich nach dem Weibsbauer um. Dann herrscht er Regina barock an: „Was steht denn da? Hast keine Arbeit?“

Regina verschwindet im Haus. Ueber die Köpfe der anderen hinweg geht jetzt die bellende Stimme des alten Herrschers: „Na, wie ist's gegangen? Hast du die Wahrheit durchgesehen?“

Gabriel Heideich bleibt einen Augenblick stehen. Dann schüttelt er fröhlich und traurig den Kopf. „Nig war zu machen Gar nig.“

Neun hundertsechzigmal muß er es ihnen wieder erzählen: „Das Recht, zu jagen und zu fischen ringsum, das wir bisher in gutem Glauben ausgeübt haben, gehörte rechtlich den Regenspäthern zu, die es einst samt andern Rechten von den abziehenden Mönchen gekauft haben.“

Sie können nicht begreifen. Und sie wollen es auch nicht. „Cost was Schriftliches gesehen darüber?“ fragt der Zeitschreiber den Bürgermeister.

Mein. Der Richter sagt, das müßt im Regenspäther Archiv liegen. Aber man braucht gar nit. Es war genug Beweis, daß die Gemeinde Friedleiten 150 Jahre lang Pacht an die Herrschaft gezahlt hätte.“

Der Regenspäther hat kein Recht,“ schreit der Zeitschreiber, grottig auf den Tisch schlagend, und seine Geieraugen funkeln in das blaue, stille Gesicht des Bürgermeisters bührend.

Die Blide der Bauern hängen bewundernd an dem Sprecher, der plötzlich seltsam verstört erscheint. Mancher nicht ihm beifällig zu.

Da wendet sich der Zeitschreiber, besriedigt aufatmend, an Gabriel Heideich.

„Dich aber, Bürgermeister, frag ich jetzt: Was willst tun dagegen von Kuntzweigen?“

licher Ueberlieferungen anstrengen mühte. Aber ich halte ihn für aussichtslos.“

Niemand antwortet. Der Zeitschreiber blüht höhnisch triumphierend von einem zum andern, als wollte er sagen: „Seht, Jhesus ist endlich ein, was für einen Bürgermeister wir haben, und daß von dem nichts zu hoffen ist?“

Und ein anderer sagt halblaut: „Eine Schande ist's, wie ungeheuren wir mit uns und unsern Interessent!“

Wies einem Messerschiff durchfährt das Wort Heideichs Brust. So also denken sie wirklich? Soviel gelten seine Worte? So wenig verstehen sie ihn und seine gute Absicht? Langsam macht sein Blick die Runde. Ueberall dieselbe Unzuliebe. Nicht ein Gesicht, in dem er Ermütigung oder Verständnis lieft. Da tritt in seine vornehmen brannen Augen etwas wie ungeduldige Vereiztheit. Er erhebt sich.

„Männer,“ sagt er, sich gewaltig um Ruhe zwingend, „ich seh's wohl, daß ich nit nach eurem Willen rede jetzt, aber hintermach wird wohl die Vernunft wieder kommen. Ihr habt mir bis jetzt vertraut, bestimt Euch, ob Ihr dabei schlicht gefahren seid? Glaubst Ihr, daß es ehrlich von mir wäre oder geschickt, wenn ich Euch in einen nutzlosen Prozeß hineinreibe, der nur unser aller Unglück wäre?“

Niemand antwortet. Aber die vornehmen, teils trotzig, teils fadisch auf ihn gerichteten Blicke sprechen deutlicher als Worte. Heideich wagt sich den Schwanz von der Stirn. Pöblich schneit ihm das Blut jäh in die Schläfen. Er froht, sein Auge hat ein Antlitz getroffen und etwas darin gesehen, nach dem er lange jagend gesucht hat.

„Und ich will, daß Ihr Frieden haltet!“ sagt er mit starker Stimme. Dann setzt er sich tief aufatmend wieder mit einem seltsam vertörnten Ausdruck.

Ringum erhebt sich ein Lachen. Spöttische Bemerkungen fliegen über den Tisch. Gabriel Heideich hört sie nicht. Ihm ist etwas Wunderbares geschehen. Im Niedersehen hat sein Blick noch einmal das heiligste Gesicht gestreift mit weitaugetanen, blauen Augen, über denen lichtblauwe Jöpfe gleich einer Krone liegen.

Und diese Augen ruhen noch immer weich auf ihm, er fühlt sie.

Die einzigen, in denen kein Spott blüht, sondern Verstehen. Gut ihn Regina denn wirklich verstanden?

Wenn hätte er noch einmal hingesehen, wo sie stand. Aber er magt es nicht.

Dann juckt er zusammen. Die Stimme des Zeitschreiber, die in der Bewegung immer bellt wie die eines bissigen Hundes, hat über den Tisch gerufen: „Und hast die Herren nit einmal zum Red gestellt darüber, daß sie uns von der ganzen Sache nichts haben wissen lassen vorher?“

Heideich atmet kurz und schwer. „Das hab ich getan. Und sie behaupten, sie hätten mir ein Schriftstück über die Ausschreibung zugehen lassen. Bekommen habe ich aber nichts.“

„So, so. Ist recht merkwürdig das.“ Der Zeitschreiber wendet sich an Stasel, der zugleich Briefbote ist und Fischweiber. „Kannst es etwa unterwegs verloren haben, das Schriftstück, Du?“

„Ich? Beileh nit,“ protestiert Stasel entrüstet. „Kannst in Altenau doch alles in die Taschen hinein. Das war noch schöner, ein Briefträger und so was verlieren!“

„Kannst Dich besinnen, ob Du was Ähnliches gehabt hast für den Bürgermeister?“

Stasel wird verlegen. „Du mein — es kommen wohl so Sachen vor ihn. Wie soll ich wissen, welches Stück es war?“

Der Zeitschreiber setzt sich auf den Tisch und karrt Gabriel Heideich unverschämte ins Gesicht.

„Eine seltsame Geschichte, Bürgermeister. Wirst Dich zuletzt noch gar verantworten müssen.“

Heideich steigt abermals das Blut jäh ins Gesicht, diesmal vor Jarn. Seine Augen beginnen zu funkeln. Dann sagt er langsam, aber nachdrücklich: „Was willst damit sagen, Zeitschreiber? Sags frei heraus!“

Über der Zeitschreiber schweigt und lächelt nur. Unter der hurchbaren Bedeutung dieses Lächelns springt Heideich jäh auf. Fast wild gleitet sein Blick von einem zum andern. Auch sie schweigen. 241.20

Dollar erzeugen. Sie wurde jedoch bereits am dritten Tage ihrer Tätigkeit von der Polizei entlarvt und verhaftet.

Postgebühren in Russland. Nach einer Mitteilung der russischen Postverwaltung sind die Gebühren für Briefsendungen aus Russland nach dem Ausland, also auch nach Deutschland, seit dem 1. September d. J. dahin geändert worden, daß 1. B. ein einfacher Brief 1000 Rubel, eine Postkarte 400 Rubel und eine Drucksache bis 50 Gramm 200 Rubel kostet. Diese Sätze stellen das Zehntausendfache der Gebührensätze der Vorkriegszeit dar. Eine Mitteilung der russischen Postverwaltung darüber, wie die erhöhten Gebührenbeträge in Freimarken dargestellt und auf den Briefsendungen verrechnet werden, liegt noch nicht vor.

Ein neues Naturschutzgebiet. Das Reanderthal, das bei Mettmann im rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf liegt, war durch den Betrieb der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke bedroht. Nunmehr ist es zum Naturschutzgebiet erklärt worden. Es ist damit zugleich auch Gewässer gegeben, das ein für die Erforschung der frühesten Menschheitsgeschichte überaus wichtiger Ort, die kleine Reanderhöhle bei Mettmann, bewahrt bleibt. Hier wurde im Jahre 1856 der berühmte „Reanderhöhlenknochen“, nach dem die vorgeschichtliche Rasse des Reanderthalmenschen benannt ist.

Das Kaiserbild als Ründigungsgrund. In Laibach kündigt ein Hausbesitzer einer Mietpartei die Wohnung, weil sie in einem Zimmer ein Bild des Kaisers Franz Josef hängen hatte. Der Bezirksrichter bestätigte die Ründigung mit der Begründung, daß das Aufhängen der Bilder der gegenwärtigen kaiserlichen Kaiser eine Herausforderung der andern Mietparteien bedeute und daher ein Vergehen gegen die Hausordnung sei.

Die Ruffisierung Berlins. Bezeichnend für den Umfang, den die Ruffisierung Berlins angenommen hat, ist es, daß die Berliner Konzertdirektionen in dieser Woche nicht weniger als drei russische Ruffaufführungen in den größten Sälen der Reichshauptstadt veranstalten, wobei die Eintrittspreise bis zu 75 Mark betragen.

Bunte Tages-Chronik.

Newport. Der Seismograph des meteorologischen Instituts in Chicago hat ein Erdbeben registriert, das etwa 2685 Meilen entfernt im Stillen Ozean stattgefunden hat.

Sankt Petersburg. Bei der Explosion im Fort Kadum sind 15 Personen getötet und 15 verletzt worden, 18 werden vermisst.

Newport. Der Sohn James Kodelers hat die Mittel für ein Internationales Studentenheim in Newport gestiftet.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Drohender Buchdruckerstreik.) Im Verlag Rudolf Risse brach ein Streik der Arbeiterschaft aus. Die Berliner Zeitungsverleger erklärten sich mit der betroffenen Firma solidarisch. Man beabsichtigt eine Ausdehnung des Streiks.

Hamburg. (Beigelegter Streik.) Der Buchdruckerstreik ist nach vierzehntägiger Dauer beendet. Die Zeitungen erscheinen wieder.

Frankfurt a. M. (Wiederbeginn der Arbeit.) Der Arbeitgeberverband teilt mit, daß auf Grund einer neuen Abstimmung der Arbeiterschaft, die sich mit großer Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen hat, die Druckerwerke, entsprechend den technischen Möglichkeiten, den Betrieb wieder eröffnen. Täglich sollen mehrere Tausend Arbeiter wieder eingestellt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 303b Strafrecht im besetzten Gebiet. Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz gelangte ein Prozeß wegen Verbrechen zur Verhandlung. Der Hauptangeklagte, ein gewisser Florence, wurde zu drei Jahren Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe, zwei weitere französische Kaufleute zu je einem Jahr Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe und ein vierter zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Hauptmann, der in jährläufiger Weise, durch Herabgabe von nicht ausgefüllten, aber von ihm unterschriebenen Bots, die Posthintergebungen erleichterte, erhielt drei Monate Gefängnis. Ein anderer Hauptmann wurde zu einer Geldstrafe von 5000 Mark verurteilt. Ein Feldwebel wurde zu einem Jahr Gefängnis und drei andere Unteroffiziere zu je sechs Monaten Gefängnis und 4000 Mark Geldstrafe verurteilt.

§ Das Urteil gegen die Hamburger Salvarsan-Schieber. Wie man aus Hamburg berichtet, wurden von den 88 Angeklagten, die in dem großen Salvarsan-Schieberprozeß verwickelt waren, 80 zu erheblichen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Gegen den Hauptangeklagten, Habrilitz Gertloff, wurde auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 8 Jahren erkannt. Stenward von der Herde wurde zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt.

§ Zuchthausstrafen für Kommunisten. Das Schwurgericht in Dessau fällt nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gegen zehn der kommunistischen Arbeiterpartei angehörende Arbeiter, die sich im März d. J. im Zusammenhang mit den Märzunruhen einer Dynamitverschöpfung schuldig gemacht hatten zu dem Zwecke, die mehrheitlich sozialdemokratische Volkswacht in Verbund und eine Eisenbahnbrücke in der Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen. Der Hauptsträfling, der Vorsitzende der K. K. P. in Verbund, der 23jährige Arbeiter Brandenburger, wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen fünf weitere Angeklagte wurde auf Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 7 Jahren erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

* Berliner Probantenliste vom 17. Oktober. Nichtamtlich: Langstraße 23-28 M., Weizen- und Roggenpreßstroh 25-28 M., Halerpreßstroh 30-33 M., Maschinenstroh 22 bis 26 M., Häcksel 29-30 M., Weizenheu 60-65 M., Heuboden 73 bis 80 M., Kleheu 87-100 M., Ackerbohnen 195-200 M., Torfmaße 70-80 M., Weizenkleinmaße 60-60 1/2-128 M., Viertelmaße 130-135 M., Halerkleinmaße 90 bis 95 M., Palmkernmaße 130 M., Speispreummaße 80 M. (einschl. Papierfad), Rostkuchen 187-188 M., Erdmischkuchen 128 M., Palmkernkuchen 182-183 M., Rostkuchen 150 bis 155 M. für 50 Kilogramm, alles ab Verladung.

Turnen, Spiel und Sport.

E. V. N. 1-V. f. B. Brandis 10:2. (Verbandsspiel)
E. V. N. 11-V. Borsdorf II 1:51. (Zuletzt mit 9 Mann spielend.)
E. V. N. 1. Jgd.-E. V. Borsdorf I. Jgd. 10:1.
E. V. N. II. Jgd.-E. V. Borsdorf II. Jgd. 4:0.
E. V. N. III. Jgd.-Sp. V. Beucha II. Jgd. 1:1.
E. V. N. I. Anaben-E. V. B. Grimma I. Anaben 0:1.
E. V. N. II. Anaben-E. V. B. Grimma II. Anaben 0:7.

Auf der Sternentwiese.

Auf der blauen Sternentwiese weiden
Wolkenkammer, weih und Silberstein.
O wie schön im Stimmelparadiese
Wuh sich's ruhen auf der Sternentwiese!
Hier auf Erden hat man selten Ruhe,
Schmerz zerreiht das Herz, das Wandern Schude.
O wie schön im Stimmelparadiese
Wuh sich's ruhen auf der Sternentwiese!
Eduard Romanowski (Berlin).

Zur Oppau-Spende!

Sechste Quittung:
S. B. 3.- Mh.
Gefammit in der am 17. 10. stattgefundenen Verjam-
lung der Kleinrentner 55.35
M. M. 5.-
Erlte bis fünfte Quittung: 63.35
Gesamtsumme M. 975.85

Kirchennachrichten.

Donnerstag, 20. Oktober pünktlich nachm. 8 Uhr Bibelbesprechung über
H. 10 im Konfirmandensaal.
- Redaktionen: Robert Köppl, Druck und Verlag Köppl & Co. in Naunhof -

An alle Kriegssopfer Naunhofs!
Heute Dienstag, den 18. Oktober 1921
abends 8 Uhr im Restaurant Stadt Leipzig (Saal)
große öffentliche Versammlung.
Referent: Gauleiter Genosse Richard Kretschmar-Leipzig.
Thema:
Die Einigungsverhandlungen.
In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung
ist das Erscheinen aller Kriegssopfer notwendig.
Int. Bund der Kriegssopfer
Ortsgruppe Naunhof.
J. H. Rud. Luther.

Gewerbeverband.
Sonntag, den 23. Oktober
Besuch der Untergruppen
Großtrienberg, Pomßen, Köhra mit Gefähr (kostenlos).
Abfahrt 1 Uhr, Goldner Stern. Anmeldungen von Teilnehmern
bis Donnerstagabend an Herrn Ebersbach erbeten. Es wird
erwartet, daß sich recht viel Mitglieder beteiligen.
Ortsgruppe Naunhof.

C. A. KLEMM
Leipzig I. Fernsprecher 2096 Neumarkt 26
Flügel Pianinos Flügel Pianinos
Harmoniums Musikalien Harmoniums
Grammophone Schallplatten
Pianoorte- Reparaturen Stimmungen

500 bis 1000 Mauersteine
neu oder gebraucht, sofort zu kaufen gesucht von Becker,
Naunhof, König-Albertstraße 19.

Ein Fuhrer Stroh gibt ab gegen eine
Fuhre Mist Wähle Pomßen.
Geschäfte aller Art kauft und verkauft
Hanschmann
Leipzig, Täubchenweg 77b.

Visitenkarten fertigt schnell u. billig
Buchdruckerei Ganz & Eule.

Theaterabend
veranstaltet vom
Singsverein Concordia
Naunhof.
Mittwoch, den 26. Oktober im Goldnen Stern.
Der gesamte Reinertrag wird dem Fond zur Erleichterung des
Ehrenmalen gesammelter oder dazumittler Releger überwiesen.
Die Lieder des Musikanten.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kneisel.
Musik von Richard Thiele.
Anfang punkt 7/8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Nachdem: Tänze für die Theaterbesucher.
Vorverkaufsstellen: Herr Dietzschmann, Runze, Schulstr.,
Herr Karl Schiller, Gartenstr. 36 u. Goldner Stern.

Treue Kirchenfreunde
Donnerstag Konfirmandensaal.
Psalm 10.

Singsverein Harmonie.
Heute Dienstag abend 8 Uhr
findet in der Schloßmühle
Halbjahres-
Generalversammlung
statt. Vollzähliges und pünk-
liches Erscheinen aller aktiven
und passiven Mitglieder ist not-
wendig. Der Vorstand.

Singsverein „Frohsinn“
M. d. A. S. V.
Mittwoch, den 19. Okt.
Singestunde.
Wichtige Besprechung. Er-
scheinen sämtlicher Mitglieder
ist Pflicht. D. V.
Heute frisch geschlossene
starke Hasen
gestreift u. geteilt.
Hasenrücken, Keulen
Hasenklein
empfiehlt
Oswald Ströller.
Heute frischen
Seelachs
empfiehlt Kurt Wendler.

Suche für meinen Haushalt
ein jüngeres, ehrliches
Mädchen.
Frau Liebe, Mollhestr. 10.
Unterhaltener
Wintermantel
zu verkaufen.
Langestraße 38, I.
Unterhaltene
Kinder-Reformbettstelle
oder ähnliche zu kaufen gesucht.
Angeb. untl. „S. P.“ a. d. Spd.

Kontrollkasse
National, gegen bar
zu kaufengesucht.
Angebote unter „B. N. K.“
7693 an die Exp. ds. Blattes.
1 dreiar. Gaskrone
1 grüne Gasampel
1 eigener Gardinenkasten
(goldlich) zu verkaufen
Grimmaerstraße 51.
Sind Sie schon Leser des
Buchromans.



Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Henkels Fabrikate
sind im Engroshandel zu beziehen durch die Firma
Alfred Bislich - Naunhof-Leipzig - Fernspr. 136

Concordia
Diese Woche
kein Singen.
Zu mieten gesucht von or-
dentl. Ehepaar ohne Kinder
möblierte Stube
u. Kammer mit Kochgelegenheit.
Angeb. mit Preis u. A. B. 40'
an die Exp. dieses Blattes.

Garten- u. Stalltüren
weg. Umzug billig zu verkaufen.
Breitestraße 1, I.

Ältere Frau oder Fräulein
wird in kleinen Privat Haushalt
zur Verrichtung häuslicher Ar-
beiten gesucht. Angen. leichte
Stellung. Offerten erb. unter
„M. F. 100“ a. d. Exp. d. Bl.
Zu verkaufen!
Gutes gebrauchtes
Fahrrad
350 Mark.
Naunhof, Schloßstraße 15.
Love Die glückliche Geburt eines
prächtigen Mädchens beehren sich
anzuzeigen
Naunhof, den 17. Oktober 1921.
Max und Käthe Bergmann.

M
Abrechtshain, Dieses Bl...
Kummer 1
Das im Grund...
des Kaufmanns Br...
getragene Landbau...
stade und Jergart...
am 1. Deze...
an der Gerichtsstell...
werden.
Das Grundst...
170000 Mh. gesch...
Die Einfl...
über das Grund...
des Grundst...
26. August 1921
Grundbuch nicht er...
nor der Aufforderu...
wenn der Gläubiger...
die Rechte der Gl...
sichtig und bei der...
sprache des Gläubig...
würden. Wer ein...
muh vor der Erteil...
weilige Einfl...
das Recht der Ver...
Gegenstandes tritt.
Ja. 5. 21. Amt...
Die St
ist auf Sonntag...
worden.
Zu wählen...
auf die Jahre 192...
Wahlberechtigt...
Männer und Fr...
20. Lebensjahr od...
Gemeindebezirk de...
Ausgeschlossen...
barkeit ist, wer enl...
schaft fehlt, in Kon...
der bürgerlichen E...
Die Ausübung...
der Wehrmacht u...
Wehrmacht.
Die Wähler...
d. J. im hiesigen...
Stunden von vorm...
10 bis 12 Uhr zu...
Einsprüche...
der Auslegung bis...
rend der Geschäfts...
Niederchrift in der...
bringen. Dem Ei...
Spätestens die...
Anzahl 3 Zimmer 8...
mindestens 10 Nim...
müssen. Sie haben...
Stahlverordnunge...
Bewerber oder von...
Erklärung über die...
vorschlag anzuschl...
Vor schlägen zugleich...
fährt sein.
Mehrere W...
verbunden wer...
Unterzeichnern der...
vollständigen Aber...
ber 1921 beim...
werden. Verbund...
sächlich zurückgen...
vorschläge gelten de...
ein einheitlicher Wa...
In den Wahl...
Familiennamen in...
ihr Stand und Ver...
geben, daß über ihr...
Name des Bewerber...
Stelle genannt ist, d...
Die Unterzeichner d...
die Angabe ihres B...
bestimmen. In jeder...
bezeichnet werden, d...
kommissar und bei...
gleichzeitige kann...
bezeichnet werden.
Unterzeichner des V...
über als Bevollmä...
dich der Bevollmä...
anderen erhalt wer...
früheren Bevollmä...
kommissar zugeht.
Naunhof, am 20. 10.